

Dr. Walter Süß (BStU, Berlin)

Warum gelang es den Mächtigen nicht, die Revolution zu verhindern?

Ehe ich meine Interpretation der Ereignisse im Herbst 1989 vortrage, möchte ich Ihnen eine Tonbandaufnahme zu Gehör bringen. Es ist ein Tondokument aus jener Zeit und kann zur Beantwortung der Frage beitragen, warum die Machthaber damals nicht in der Lage waren, ihren Sturz zu verhindern.

Zum besseren Verständnis ein paar Vorbemerkungen:

Die Aufnahme wurde bei einer Dienstbesprechung in einer Stasi-Bezirksverwaltung am 4. Dezember 1989 gemacht.¹ Es handelte sich um jene in Karl-Marx-Stadt (heute wieder: Chemnitz). Die Bezirksverwaltung dort war eine der größten in der DDR: Sie hatte über 3.800 hauptamtliche Mitarbeiter. Dazu kamen noch mehr als 8.000 inoffizielle Mitarbeiter. An ihrer Spitze stand der damals 64jährige Generalleutnant Siegfried Gehlert, der gleich selbst zu Wort kommen wird. Er war der dienstälteste Stasi-Bezirkschef. Seit 1958 war er im Amt. Bei einer Dienstbesprechung zwei Wochen zuvor, also Ende November 1989, hatte er noch stolz verkündet, seine Bezirksverwaltung sei „die stabilste in der DDR“.

In den Tagen danach waren die Ereignisse fast überall in DDR eskaliert. Ständig gab es neue Meldungen über Machtmissbrauch und über die Privilegien der alten Führung. Am Morgen des 4. Dezember berichtete die Karl-Marx-Städter Staatssicherheit über die Stimmung im Bezirk. In einer sogenannten Parteiinformation für den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung schilderte sie folgendes:

„Unter allen Teilen der Bevölkerung des Bezirkes Karl-Marx-Stadt werden intensive Diskussionen zur innenpolitischen Entwicklung in der DDR geführt, wobei die anhaltenden Enthüllungen über Privilegien, Amtsmissbrauch und Korruption durch ehemalige Partei- und Staatsfunktionäre im Mittelpunkt stehen. Diese Machenschaften haben vor allem unter Arbeitern Betroffenheit und Empörung hervorgerufen und Meinungen wieder stärker aufleben lassen, wonach die SED aus den Betrieben verschwinden solle. Weiterhin häufen sich Austritte aus der SED und Anfeindungen gegenüber Mitgliedern der Partei. Von Werktätigen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche wird massiv gefordert, die für

Verbrechen und Misswirtschaft Verantwortlichen schleunigst zu bestrafen. SED-Mitglieder fordern in diesem Zusammenhang, in der Partei nun endlich konsequent >>reinen Tisch<< zu machen, um den Verfall der SED zu stoppen.“²

Diese Schilderung war nicht übertrieben. Noch während der Dienstberatung am späten Nachmittag des 4. Dezember kamen 50.000 Karl-Marx-Städter im Stadtzentrum zu einer Demonstration gegen die SED-Herrschaft zusammen.

Die Mitarbeiter der Stasi-Bezirksverwaltung blieben von dem nicht unberührt. Das dokumentiert der folgende Tonbandausschnitt. Dazu noch folgender Hinweis: Anfangs sprechen leitende Offiziere der Bezirksverwaltung (unter anderem der Parteisekretär Peter Bombik), dann der Chef selbst: Generalleutnant Gehlert. Zur Situation: Die Versammelten wussten bereits, dass am Morgen die Stasi-Bezirksverwaltung in Erfurt von Demonstranten besetzt worden war. Während sie debattierten, trafen zwei Telegramme aus der Stasi-Zentrale in Ostberlin ein, unterzeichnet von dem Nachfolger Erich Mielkes, von Wolfgang Schwanzitz. Beide hatten die höchste Dringlichkeitsstufe „Luft“. Das bedeutete: „Sofort auf den Tisch!“ Im ersten Telegramm wurde gefordert, die Vernichtung von Akten zu stoppen. Im zweiten wurde ein gemeinsamer Appell bekanntgegeben, den am Mittag dieses Tages der Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit und die Sprecher verschiedener Bürgerrechtsorganisationen herausgegeben hatten.

Jetzt aber sollen die Karl-Marx-Städter „Tschekisten“ das Wort haben:

[Tonband]

Dies als Stimmungsbild aus dem Inneren der Staatssicherheit Anfang Dezember 1989: eine etwas hysterische und teilweise depressive Stimmung. Wenn man verstehen will, wie es dazu gekommen ist, muss man den Blick auf die Entwicklung in den Wochen und Monaten zuvor richten, wobei ich mich auf den Staatssicherheitsdienst konzentrieren werde.

Hauptaufgabe der Staatssicherheit war es über vier Jahrzehnte gewesen, gemeinsam mit den anderen „bewaffneten Organen“ die Diktatur zu sichern. Im Herbst 1989 ist das offenkundig misslungen. Warum?

Eine denkbare Antwort wäre, dass die Repressionsorgane nicht stark genug waren, um die revolutionäre Welle aufzuhalten. Doch die DDR war ein nach Innen hochgerüstetes Staatswesen. Die „bewaffneten Organen“ – die Volksarmee, das Innenmini-

sterium und die Staatssicherheit – hatten damals etwa 400.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Rechnet man noch die paramilitärischen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ mit ihren gut 200.000 „Kämpfern“ hinzu, dann kommt man auf ungefähr 600.000 „Bewaffnete“.³

Die Gegenseite: Vor dem Entscheidungstag für einen friedlichen Übergang, dem 9. Oktober 1989 in Leipzig, sind in der gesamten DDR in keiner Woche mehr als 100.000 Demonstranten auf die Straße gegangen.⁴ Das heißt: Auf einen unbewaffneten Demonstranten kamen – grob gerechnet – etwa sechs Angehörige der Sicherheitsorgane. Der sowjetischen Truppen in der DDR hätte es, vom Regime her gedacht, insofern gar nicht bedurft – hätte man sich auf die eigenen Kräfte hundertprozentig verlassen können.

Mit Mitteln der Gewalt war diese Auseinandersetzung für die aufbegehrenden Teile der Bevölkerung nicht zu gewinnen. Sie wurde dennoch gewonnen. Das eben gilt es zu erklären.

Ein zentraler Faktor war gewiss, dass der Kampf um die Macht nicht gewaltsam ausgefochten wurde, sondern politisch und moralisch. Und die Demonstranten hatten eine starke Moral und die besseren Argumente. Aber das allein genügt nicht, wie der 17. Juni 1953 und die Woche nach dem 21. August 1968 (dem Einmarsch in die Tschechoslowakei) gezeigt haben.

Die Frage ist: Warum haben die Machthaber die Auseinandersetzung nicht auf ihrer Ebene gesucht? Warum war das Alte Regime unfähig, sich seiner Mittel zu bedienen? Eine Antwort darauf ist nur zu finden, wenn man die herrschende Elite und ihren Sicherheitsapparat selbst untersucht, natürlich im Zusammenhang mit dem, was in der Gesellschaft vor sich ging, aber doch nicht darauf reduziert – die gesellschaftliche Bewegung als notwendige, aber nicht als hinreichende Bedingung.

In einschlägigen Veröffentlichungen finden sich bezogen auf das Verhalten der Staatssicherheit in diesen Monaten grundsätzlich zwei Erklärungsansätze: Die erste Variante, die zu Beginn der 90er Jahre populär war, ging von folgenden Annahmen aus: Die Staatssicherheit habe die Lage in der DDR schon vor dem Herbst 1989 richtig eingeschätzt. Sie habe den Zusammenbruch vorhergesehen und durch geschickte Taktik ihr Überleben gesichert oder zumindest zu sichern gesucht. Die Vermeidung gewaltsamer Auseinandersetzungen sei Teil dieser Taktik gewesen. Solche

Gedankenspiele klangen plausibel; jedoch wurde dabei das prognostische Vermögen der Stasi-Generalität gewaltig überschätzt.

Die zweite, weniger spektakuläre Erklärungsvariante, geht von der Stellung des Staatssicherheitsdienstes in der SED-Diktatur aus. Der Verfall der SED habe die MfS-Generalität orientierungslos und damit handlungsunfähig gemacht. (Als erster hat Karl Wilhelm Fricke, der Altmeister der „Stasi-Forschung, so argumentiert.⁵⁾ Mir scheint das grundsätzlich zutreffend. Wichtig ist vor allem die Einsicht, dass man auch bei einer Analyse der Staatssicherheit von der SED ausgehen muss. Es bleiben freilich Fragen offen: Warum hat nicht eine jüngere Generation sog. „Tschekeiten“ das Ruder übernommen und versucht, die Revolution zu ersticken? Aber wäre sie dafür überhaupt sozialisiert gewesen? Um diese und weitere, damit verbundene Fragen zu beantworten, ist es notwendig, den Charakter der Staatssicherheit als Parteigeheimpolizei und als bürokratische Institution zu betrachten.

Zur Erläuterung der Frage, wie die Form des Abgangs des Alten Regimes zu erklären ist, sind zwei Typen von Erklärungsfaktoren notwendig: strukturelle Konstanten des Systems und situationsgebundene Variablen. Zuerst – und etwas ausführlicher – zu den systemeigenen Konstanten. Ich denke dabei an das Bündnis des DDR-Regimes mit der Sowjetunion und die Unterordnung der Staatssicherheit unter die SED. Beide Faktoren hatten bis zur Mitte der achtziger Jahre entscheidenden Anteil an der Stabilisierung der Diktatur. Dann aber wurde ihre Funktion ambivalent und verkehrte sich schließlich ins Gegenteil.

Hinsichtlich des ersten Punktes, der Zugehörigkeit zum sowjetischen Hegemonialbereich, ist die grundsätzliche Sachlage: Die Perestroika und die veränderte Westpolitik der Sowjetunion unter dem Signum „Gemeinsames europäisches Haus“ gefährdeten internationale Bestandsgarantien der Diktatur. Zugleich weckten und ermutigten sie innergesellschaftliche Hoffnungen, wirkten also destabilisierend.

Auf der Ebene der Staatssicherheit hatten die Veränderungen im sowjetisch dominierten Block mehrere Effekte: Erstens hinsichtlich des Selbstverständnisses seiner Mitarbeiter. Durch wachsende Dissonanz zwischen der reformerischen KPdSU-Spitze und der erstarrten SED-Führung wurden diejenigen Mitarbeiter, die politisch motiviert waren, in ein geradezu unerträgliches ideologisches und wahrscheinlich auch moralisches Dilemma gestürzt. An wem sollten sie sich orientieren: An der sowjetischen Vormacht oder an ihrer gelähmt wirkenden eigenen Parteiführung? (In ei-

nem solchen Dilemma befanden sich selbstverständlich auch die meisten anderen SED-Mitglieder – soweit sie sich mit Politik identifizierten.)

Zweitens waren über Jahrzehnte gewachsene Kooperationsstrukturen mit den anderen östlichen Geheimdiensten akut gefährdet. Das galt besonders für die zwei Bereiche, die ab Sommer 1989 für das MfS Vorrang hatten: die Bekämpfung der inneren Opposition und die Zurückdrängung der Fluchtbewegung. Auf beiden Feldern konnte mit Hilfe durch die sog. „Freunde“ kaum mehr gerechnet werden.⁶

Drittens kam ein weiterer Aspekt hinzu, der mir von großer Bedeutung zu sein scheint: der Einfluss von Lernprozessen auf die Wahrnehmung der Situation. Die Stasi-Offiziere befanden sich in dieser Beziehung in einer privilegierten Situation: In Nachbarstaaten (Polen, Ungarn) waren gleichartige Herrschaftsstrukturen schon etwas früher als in der DDR ins Wanken geraten. Von Kollegen aus diesen Ländern war in Erfahrung zu bringen, was bei einer reformerischen Wende wohl auf die deutsche Staatssicherheit zukommen würde.

Von den ungarischen Genossen hörten sie, dass die Anhänger der alten Parteiführung aus der Staatssicherheit hinausgeworfen würden, und dass sie keine Chance hätten, diesen Prozess aufzuhalten.⁷ Ihre polnischen Kollegen wussten von dem gescheiterten Versuch mit dem „Kriegsrecht“ Anfang der 80er Jahre zu berichten. Sie meinten aber auch, dass es selbst unter einer nichtkommunistischen Regierung Möglichkeiten gebe, Einflussfelder zu behaupten.⁸ Von den sowjetischen „Freunden“ schließlich haben sie erfahren, dass eine restaurative Wende in Moskau nicht zu erwarten sei. Als Trost verblieb, dass eine Perestroika nach sowjetischem Vorbild mit einer Fortexistenz der Staatssicherheit als Institution durchaus verträglich schien.⁹

Der gemeinsame Nenner der Veränderungen im sowjetischen Machtbereich war, dass der Block aufgehört hatte, eine Solidargemeinschaft der Herrschenden zu bilden. Anders als in früheren Jahrzehnten war nicht mit „brüderlicher Hilfe“ zu rechnen, wenn die DDR-Führung versuchen würde, die demokratische Umwälzung gewaltsam zu stoppen. Davon wurde im übrigen von den „Freunden“ dringend abgeraten.¹⁰ Umgekehrt bedeutete das Einschwenken auf die sowjetische Reformpolitik ein Ende jenes zuvor erwähnten Dilemmas: der für manchen Stasi-Mitarbeiter schier unerträglichen Dissonanz zwischen der Identifikation mit der eigenen Partei und der Loyalität gegenüber dem sog. Vaterland des Sozialismus.

Der zweite – zuvor genannte – Faktor war die Unterordnung der Staatssicherheit unter die SED-Politbürokratie. Mit Blick auf die Handlungsoptionen der Staatssicherheit sind dabei drei Phasen zu unterscheiden: Erstens die Phase bis zum Sturz Honeckers im Oktober 1989, zweitens eine kurze Phase der Suche nach einer „politischen Lösung“. Mit ihr sollte die SED-Herrschaft auf neuen Wegen gerettet werden. Und drittens die Phase des offen eingestandenen Verlustes der „führenden Rolle der Partei“ ab Mitte November 1989.

Am bedeutsamsten war die erste Phase, die lange vor dem Jahre 1989 begonnen hatte. In jener Phase waren die Machtverhältnisse noch klar gewesen und die Staatssicherheit hatte – ebenso im übrigen die „Volkspolizei“ – den eindeutigen Auftrag seitens der SED-Führung, die Organisierung innergesellschaftlicher Opposition zu verhindern. Warum hat sie diesen Auftrag nicht ausgeführt? An einschlägigen Informationen mangelte es nicht: Die Unterlagen zeigen, dass die Staatssicherheit noch im Frühjahr 1989 sehr genau wusste, wer oppositionell aktiv war.¹¹ Auch die entsprechenden personellen und finanziellen Mittel wurden reichlich zur Verfügung gestellt. Woran es aber ganz offenbar fehlte, waren der Willen und die Entschlossenheit der Parteiführung, diese Mittel auch einzusetzen. Der Grund dafür lag nicht in moralischen Skrupeln. Die Ursache war, dass es auf politischer Ebene höherrangige Prioritäten gab. In einer Ansprache vor Geheimdienstfunktionären aus anderen Ostblockstaaten hat Erich Mielke im Herbst 1988 diese Konstellation auf die Formel gebracht:

„Wir dürfen dem Gegner keinerlei Munition liefern, die es ihm gestatten würde, unsere Organe als Störenfriede im Friedens- und Entspannungsprozess zu bezeichnen.“¹²

Mielke bezog sich damit auf die Restriktionen, die der Geheimpolizei von der SED-Führung auferlegt waren. Das hatte eine längere Vorgeschichte, die hier nur angedeutet werden kann.

Seit den siebziger Jahren war mit der Entspannungspolitik und dem KSZE-Prozess eine Veränderung der Beziehungen zwischen den Blöcken eingeleitet worden. Nach anfänglichem Zögern war die DDR-Führung bemüht, das für sich zu nutzen: Sie wollte ihr Herrschaftssystem durch internationale Anerkennung und wirtschaftlichen Austausch stabilisieren. Und sie wollte im westlichen Lager die sogenannten realistischen Kräfte stärken, die den neuen Konfrontationskurs der USA ab Ende der sieb-

ziger Jahre nur halbherzig mitmachten. Der Preis dafür war wachsende Abhängigkeit vom Guten Willen und Entgegenkommen der anderen Seite. Spektakuläre Repressionsmaßnahmen gefährdeten die Beziehungen. Exemplarisch deutlich geworden ist dieser Zusammenhang bei den Geheimverhandlungen zum ersten Milliardenkredit 1983. Lehrreich waren wohl auch die enormen Schwierigkeiten, in die die Volksrepublik Polen durch die westliche Kreditsperre nach der Ausrufung des „Kriegsrechts“ im Jahre 1981 geraten war.¹³

Die Aufgabe der Staatssicherheit war künftig, Gefahren für die Herrschaftsordnung einzudämmen, ohne das Ansehen der DDR zu beschädigen. Deshalb sollten seit Ende der 70er Jahre und verstärkt seit 1983 strafrechtliche Sanktionen gegen oppositionelle Aktivisten möglichst unterbleiben. „Unsichtbare“ Formen der Repression, Bemühungen um „Rückgewinnung“ angeblich „Irregeleiteter“ und präventive Maßnahmen sollten an ihre Stelle treten. In verstärktem Maße wurden andere staatliche Stellen in die „operative Bearbeitung“ von Oppositionellen einbezogen, von den Kaderabteilungen in den Betrieben bis zu den Wohnungsverwaltungen.¹⁴

Eine besonders perfide Methode war die „Zersetzung“, mit der Aktivisten demoralisiert und Gruppenzusammenhänge zerstört werden sollten.¹⁵ Ein Stasi-Spezialist für solche Maßnahmen hat in einer Forschungsarbeit an der Hochschule des MfS den Zusammenhang beschrieben. Er konstatierte zu Beginn des Jahres 1989:

„Die Anwendung operativer Zersetzungsmaßnahmen bei der Bekämpfung von politischen Untergrundaktivitäten [...] ist aufgrund veränderter Lagebedingungen zu einem politischen Erfordernis geworden. Das MfS leistet durch diese 'lautlose' Form der Bekämpfung von feindlich-negativen Aktivitäten [...] einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Dialogpolitik unserer Partei sowie zur Stärkung des internationalen Ansehens der DDR.“¹⁶

Die neuen Formen der Repression hatten im Einzelfall für die Betroffenen einschneidende Folgen: häufig den Ruin ihrer beruflichen Existenz, die Zerstörung von Beziehungen und soziale Isolation. Manches Opfer wurde in Verzweiflung getrieben. Diese Methoden waren abstoßend, aber dennoch im Großen und Ganzen von mangelhafter Effizienz. Der geheimpolizeiliche Aufwand war zeitlich und personell ungleich höher als bei direkter Unterdrückung, während das Einschüchterungsergebnis oft sehr viel geringer war. Der eben zitierte Stasi-Offizier erklärte in seinem Thesenpapier abschließend:

„Zersetzungsmaßnahmen wirken nach vorliegenden Erfahrungen in der Regel nur zeitlich begrenzt und verhindern auf Dauer nicht, dass sich Feinde mit anderen Feinden wieder zusammenschließen.“

Die „stillen“ Formen der Repression waren verbunden mit einer weiteren Formalisierung und Zentralisierung der auch zuvor schon stark bürokratisierten Abläufe im MfS, und mit Ansätzen zur einer Verrechtlichung. Das wiederum hemmte die Flexibilität bei der Unterbindung unerwünschter Aktivitäten.

Zur Verdeutlichung nur ein Beispiel: Bei politischen Delikten – etwa der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration in irgendeiner Kreisstadt oder der Herstellung nicht genehmigter Druckerzeugnisse – war im Sommer 1989 selbst für die Verhängung von Geldstrafen die Zustimmung der Ostberliner Zentrale einzuholen.¹⁷ MfS-Offiziere beklagten sich vergeblich über diese umständlichen Verfahren.¹⁸ Der Sinn solcher Verregelungen bestand darin, Aktivitäten unterer Stasi-Offiziere zu verhindern, mit denen die Politik der SED-Führung hätte beschädigt werden können.

Die neuen Methoden reichten aus, um vor 1989 die relativ kleine Bürgerrechtsbewegung im Auge zu behalten und ihre Aktivitäten zu behindern. Jedoch scheiterte schon der Versuch, ihr Wachstum zu blockieren. Ebenso wenig gelang es der Staatssicherheit, die Ausreise- und Fluchtbewegung einzudämmen, obwohl sie in diesem Bereich weiterhin zu härteren Repressionsmaßnahmen greifen durfte.

Im Sommer 1989 entstand eine neue Situation, weil sich die bisher getrennten oppositionellen Bewegungen plötzlich gegenseitig verstärkten: Die Fluchtwelle löste in weiten Teilen der Bevölkerung erhebliche Resonanz aus. Die wachsende Empörung über das Versagen der Mächtigen, wurde durch die Bürgerrechtler artikuliert und auf den Punkt gebracht. Angehörige eines bis dahin minoritären Milieus wurden dadurch zu Sprechern einer Massenbewegung. Die Staatssicherheit war darauf nicht vorbereitet: Präventive Ausspähung war angesichts der Spontaneität dieser Bewegung wenig erfolgreich. Und ihre subtilen Repressionstechniken waren zur Bekämpfung solcher Entwicklungen ungeeignet.

Anfang Oktober wurde noch einmal zu härteren, polizeistaatlichen Methoden gegriffen. Es war nicht, wie manchmal vermutet worden ist, ein letzter, gescheiterter Versuch, die Revolution gewaltsam aufzuhalten und die Opposition endgültig zu zerschlagen. Vielmehr sollte die Jubelfeier zum 40. Jahrestag der DDR durch die Si-

cherheitsorgane gerettet werden. Der Handlungszweck war abgeleitet aus dem politischen Bestreben, das internationale Ansehen der DDR in diesen Tagen nicht beschädigen zu lassen und somit begrenzt: Die Opposition sollte während der Feierlichkeiten aus dem öffentlichen Raum gedrängt und geprügelt werden, aber nicht mehr.¹⁹ Mit dieser einschränkenden Zielsetzung war die MfS-Spitze durchaus einverstanden. Sie hielt es nämlich damals für unmöglich, die Opposition ganz zu zerschlagen. Zumindest ihr Chef Mielke allerdings wollte sich diese Option für einen späteren Zeitpunkt offen halten.²⁰ Der Effekt dieser beschränkten Repression war, dass die Einschüchterung nur kurz währte, während die allgemeine Empörung weiter zunahm.

Der Kulminations- und Umschlagspunkt war die Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig. Die Entscheidung, diese Demonstration nicht gewaltsam zu zerschlagen wurde vor Ort, durch die SED-Bezirksleitung, getroffen. Die Ostberliner Zentralen von Partei und Sicherheitsorganen haben an jenem Tag vor allem aus zwei Gründen nichts Gegenteiliges angewiesen: Erstens waren sie vollauf mit internen Machtkämpfen beschäftigt. Und zweitens fürchteten sie angesichts der Masse der 70.000 Demonstranten aus fast allen Schichten der Bevölkerung eine Eskalation, die zu einem Bürgerkrieg führen könnte.²¹

Die zweite Phase im Verhältnis von MfS und SED wurde mit dem Sturz Honeckers eingeleitet. Staatssicherheitsminister Mielke war daran beteiligt.²² Mit der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär glaubte die SED-Spitze und hoffte die Staatssicherheit, es könne gelingen, die politische Initiative zurückzugewinnen. Es gab einen durchaus nennenswerten Politikwechsel. Entscheidend war die neue Maxime, dass Konflikte künftig politisch zu lösen seien, nicht mehr administrativ.²³ Das heißt: nicht mit offener Repression. Diese Wende in der Politik der SED öffnete jenen faktischen Freiraum, in dem sich die Bürgergesellschaft entfalten konnte, ohne direkter Repression ausgesetzt zu sein. Die Staatssicherheit hat sich hinsichtlich der damit gebotenen Zurückhaltung noch einmal der Parteilinie untergeordnet.

Verbunden war das mit einem bedeutsamen Element von Diskontinuität bei der Steuerung der Sicherheitsorgane. Die Staatssicherheit hatte, wie jede Institution, ein eigenes Anreizsystem. Für die Ausführung der Parteibefehle waren ihre Mitarbeiter bisher belohnt worden. Im Nachspiel zu den Oktobertagen verkehrte sich diese Erfahrung ins Gegenteil: Die Sicherheitskräfte, die am 9. und am 16. Oktober die De-

monstrationen in Leipzig untätig zugelassen hatten, wurden nicht bestraft, obwohl die ursprüngliche Anweisung gewesen war, diese Manifestationen im Keim zu ersticken. Diejenigen dagegen, die in den Tagen zuvor im Auftrag der Partei auf Demonstranten eingepöbeln und sie nach der Festnahme misshandelt hatten, wurden von Presse und Staatsanwaltschaft attackiert. Ihre Partei hat sie nicht verteidigt. Die neue SED-Führung sprach von „Übergriffen“ einzelner. Von den Mitarbeitern der Sicherheitsorgane konnte das nur so verstanden werden, dass man sich bei der Verteidigung des Alten Regimes besser nicht zu weit vorwagte. Das sollte zu einer prägenden Erfahrung werden.

Selbst hochrangige Stasi-Mitarbeiter haben sich dem Kurswechsel der SED zu einer friedlichen Lösung der Krise noch aus einem weiteren Grund wahrscheinlich nicht ungerne gefügt: Es wurde als Entlastung empfunden, dass die Verantwortung auf die Partei zurückverlagert worden war.²⁴ Die Staatssicherheit wollte dazu freilich ihren eigenen Beitrag leisten, indem sie mit Hilfe von inoffiziellen Mitarbeitern die Bürgerbewegung auszuforschen und zu beeinflussen suchte. Dieses Manöver scheiterte aus Gründen, die ich jetzt nicht erörtern kann.²⁵

Zur dritten Phase im Verhältnis von MfS und SED: Deren Charakteristikum war der offene Verlust der „führenden Rolle“ der SED und die Verlagerung zentraler Entscheidungsmacht vom Parteiapparat auf die Regierung. Ein Versuch, jetzt noch die demokratische Revolution gewaltsam aufzuhalten, hätte bedeutet, dass die Staatssicherheit aus eigenen Kräften das Vakuum hätte füllen müssen, das der Zerfall des zentralen SED-Apparates hinterließ. Die Staatssicherheit war aber inzwischen selbst von inneren Widersprüchen zerrissen.²⁶ Es kam zu offenen Debatten und Befehlsverweigerungen. Die Generalität wurde von den einfachen Mitarbeitern für das politische Desaster mitverantwortlich gemacht. Die Spannung zwischen der Ostberliner Zentrale und den Bezirken wuchs. (Ein Beispiel haben Sie in der Tonbandaufnahme gehört.)

Dagegen, dass die Staatssicherheit jetzt noch eine eigene repressive Initiative ergriffen hätte, sprachen zudem auch ideologische Gründe: Ohne entsprechende Weisung der Partei wäre das immanent gesehen sinnlos gewesen: Ein Axiom des Marxismus-Leninismus war, dass es ohne „die Partei“ keinen Sozialismus gebe. Die Geheimpolizei konnte nicht an ihre Stelle treten. So konnten die „Tschekeiten“ nur hof-

fen, dass „die Partei“ wieder zu Kräften käme. Bis dahin mussten sie ausharren und versuchen, die eigene Institution zu retten.

Der Verlust des bisherigen Zentrums veränderte das gesamte Machtgefüge. Der SED-Apparat war der Eckstein der Diktatur gewesen. Als er herausgebrochen war, zerfiel das Gebäude in seine Bestandteile. Die einzelnen Institutionen begannen nun, nach ihrer jeweiligen Logik und ihren Interessen zu agieren.

Im kulturellen Bereich hatte der Emanzipationsprozess schon lange zuvor begonnen und zur geistigen Vorbereitung auf den Umbruch beigetragen. Im Herbst 1989 wurden Verselbständigungstendenzen früh bei den Blockparteien erkennbar, die bemüht waren, eigenes Profil zu entwickeln. Am schnellsten ging das bei der CDU und der Liberaldemokratischen Partei. Beide Parteien verfügten über Traditionen und Substanz, die vor die Diktatur zurückreichten. Zwei weitere Beispiele sind bereits erwähnt worden: Die Medien schalteten erstaunlich schnell auf eine kritischere Berichterstattung um. Die Staatsanwaltschaft als Teil des Justizwesens wurde bei der Untersuchung von Übergriffen gegen Demonstranten auf einem ganz ungewohnten Terrain aktiv. Selbst die Abgeordneten der Volkskammer begannen zu agieren, als ob sie tatsächlich einem Parlament angehören würden.

Es gab eine Tendenz, sich neu entfaltendes institutionelles Selbstverständnis durch Kritik an der Staatssicherheit zu demonstrieren und damit gleichzeitig von eigenem Verschulden abzulenken. Die in Wandlung begriffene SED schwieg zu diesen Angriffen; sie verteidigte die Staatssicherheit allenfalls halbherzig. Die SED-Vertreter am zentralen Runden Tisch stimmten bei dessen erster Sitzung sogar für die Auflösung des MfS und seiner Nachfolgeorganisation.²⁷

Für die Staatssicherheit hatte die Ausdifferenzierung des Institutionensystems mehrere Konsequenzen: Erstens funktionierten die bisherigen Arbeitsmethoden nicht mehr. Sie hatten basiert auf der Funktionalisierung anderer staatlicher Einrichtungen als sog. „Partner des operativen Zusammenwirkens“. Zweitens war der Sinnzusammenhang verloren gegangen, „Schild und Schwert“ einer kommunistischen Partei zu sein. Damit war den Stasi-Mitarbeitern nicht mehr klar, was von ihnen erwartet wurde, welchen Handlungsspielraum sie hatten und welche Regeln sie künftig beachten mussten. Um in dieser Beziehung Klarheit zu schaffen, kam nun selbst aus den Reihen der Staatssicherheit die Forderung, ihre Tätigkeit auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.²⁸ Drittens gewann durch die politische Entwicklung das Überleben als In-

stitution zumindest vorübergehend Priorität gegenüber dem Agieren als Geheimpolizei. Doch für einen Sicherheitsapparat mit „tschekistischer“ Tradition war in dem sich abzeichnenden System kein Platz. Die Anpassungsversuche der Stasi-Mitarbeiter gipfelten schließlich in der durch äußeren Druck erzwungenen Selbstauflösung.

Als am 15. Januar 1990 die Stasi-Zentrale, das Ministerium in der Berliner Normannenstraße, von erzürnten Bürgern gestürmt wurde, war intern die Entscheidung bereits gefallen. Auslöser dafür waren Konflikte auf politischer Ebene: in der Regierung Modrow, in der Volkskammer und mit den Bürgerkomitees. Sie hatten solche Schärfe angenommen, dass der Fortbestand eines wie auch immer gearteten Sicherheitsdienstes zur Gefährdung für die Existenz der DDR geworden war. Deshalb wurde die Entscheidung getroffen, die Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen. Die noch verbliebene Stasi-Spitze akzeptierte diesen Beschluss: Auch sie musste einsehen, dass es ohne die DDR für diese »Dienste« überhaupt keine Zukunft geben würde. Wenn aber die DDR gerettet würde, glaubten sie, bestand zumindest die Chance, künftig – wie in den anderen Reformstaaten des Ostblocks – aus den Trümmern neue »Dienste« aufzubauen. Deshalb beugte man sich dem Unvermeidlichen. Der »Sturm« auf die Stasi-Zentrale war tatsächlich eine schlecht koordinierte Übergabe an die Bürgerkomitees. Er hatte dennoch hohe symbolische Bedeutung: Denn das Ende der Staatssicherheit wurde durch diese Aktion und die anschließende Besetzung sichtbar und manifest. Was folgte war die Abwicklung der Institution, die von mancherlei Verschleierungsmanövern begleitet war. Den Staat DDR hat auch das nicht gerettet. Es war zu spät

Ich komme noch einmal auf die Tonbandaufnahme zurück von der Dienstberatung in der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt am 4. Dezember 1989. Die Geschichte muss noch zu Ende erzählt werden.

Am nächsten Tag, also am 5. Dezember, begannen Bürgerrechtler gemeinsam mit Staatsanwälten mit der Versiegelung der Räume der Bezirksverwaltung. Die sogenannten Kämpfer haben ihr Objekt kampfflos aufgegeben.²⁹ Der Stasi-Chef Gehlert wurde zwei Tage später abgesetzt, die Bezirksverwaltung in den folgenden Wochen aufgelöst. In einem ihrer ehemaligen Gebäude, in der Jagdschänkenstraße in Chemnitz, befindet sich heute die Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Sie erinnern sich vielleicht, dass der Stasi-General bei der Dienstberatung am 4. Dezember von einem „Chef des Neuen Forum“ in Karl-Marx-Stadt ge-

sprochen hat, mit dem man nun verhandeln müsse: einem gewissen „Böttger“. Heute ist Dr. Martin Böttger Leiter der Chemnitzer Außenstelle der Bundesbeauftragten in der ehemaligen Bezirksverwaltung.

Anmerkungen

- ¹ Mitschnitt der Dienstversammlung des Leiters des BafNS am 04.12.1989, BStU, ASt Chemnitz, Tonband 01130480.
- ² Parteiinformationen 746/89 vom 4.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, CAKG 419, Pl 746.
- ³ Errechnet nach den Angaben in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert u. Rüdiger Wenzke, Berlin 1998.
- ⁴ Errechnet nach verschiedenen Angaben der ZAIG des MfS.
- ⁵ Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 74.
- ⁶ Vgl. Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, BStU, Reihe B Analysen und Berichte Nr. 1/98, Berlin 1998, S. 64-67.
- ⁷ Vgl. diverse Unterredungen der OG Budapest, von Mitarbeitern der ZKG und der HA VI, mit dem Leiter der 10. Abteilung im ungarischen Innenministerium, Oberst Varga, im Frühjahr 1989: Zentrale Koordinierungsgruppe: „Information“ vom 10.3.1989; BStU, ZA, Abt. X 61, Bl. 23-25; Schreiben von Oberstleutnant Weller, Leiter der MfS-Operativgruppe in Budapest, an den Stellvertreter Operativ der HA VI, Oberst Herfurth, vom 20.3.1989; BStU, ZA, Abt. 61, Bl. 29-31; HA VI, Leiter Generalmajor Fiedler: Bericht über die Beratung mit leitenden Mitarbeitern der II. Verwaltung des MdI der Ungarischen Volksrepublik vom 18.04. bis 20.04.1989 in Berlin, 22.4.1989; BStU, ZA, Abt. X 214, Bl. 99-106.
- ⁸ Vgl. Bericht zu dem Gespräch zwischen dem Leiter HA II, Generalleutnant Kratsch, mit dem polnischen Innenminister, Divisionsgeneral Kizsak, am 15.9.1989 in Warschau; BStU, ZA, HA II/10-783, Bl. 59-74; Niederschrift zu dem Gespräch von E. Krenz mit W. Jaruzelski in Warschau am 2.11.1989; SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/2A/3255.
- ⁹ Vgl. Walter Süß (Hrsg.): Erich Mielke (MfS) und Leonid Schebarschin (KGB) über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Protokoll eines Streitgesprächs am 7. April 1989, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S.1015-1034.
- ¹⁰ Vgl. etwa die Gespräche von Krenz mit Gorbatschow am 1.11.1989 in Moskau, und mit Jaruzelski und Rakowski am 2.11.1989 in Warschau.
- ¹¹ Vgl. zusammenfassend Information Nr. 150/89 vom 23.05.1989 „über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen“; BStU, ZA, DSt 103600.
- ¹² „Referat des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED und Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral Erich Mielke, auf der Tagung der Aufklärungsorgane der sozialistischen Länder, Berlin 17. Oktober 1988“; BStU, ZA, ZAIG 5121, Bl. 3-44, hier 12.
- ¹³ Vgl. Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (Geschichte der deutschen Einheit, Band 1), Stuttgart 1998, S. 161-184.

-
- 14 Vgl. als prägnantes Beispiel Michael Beleites: *Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz*, Berlin 1991.
- 15 Vgl. RL 1/76 „Zur Bearbeitung Operativer Vorgänge“.
- 16 BVfS Erfurt, OSL Stark, Leiter der Abt. XX: „Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung im Rahmen der operativen Bearbeitung feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse“, 18.1.1989, VVS Eft o024 30/89, 12 S.; BStU, ASt Erfurt, unerschl. Material.
- 17 Vgl. Referat von Generaloberst Mittig auf der Dienstbesprechung mit den Stellvertretern Operativ und den Leitern Abt. XX der BV am 20.6.1989: „Zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit, Lage / Aufgaben in Durchsetzung Kirchenpolitik“; BStU, ZA, ZAIG 4883, Bl. 1-40.
- 18 Vgl. Interview mit einem Mitarbeiter der HA XX, in: Christina Wilkening: *Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter*, Berlin: 1990, S. 59 f.; „Gruppenberatung (28.06.88)“ in der Abt. XX/4 der BVfS Berlin; BStU, ZA, ZAIG 13748, Bl. 91-93.
- 19 Vgl. Befehl des Ministers für Staatssicherheit 14/89 vom 1.9.1989; BStU, ZA, DSt 103618; Befehl Nr. 8/89 des Vorsitzenden des NVR vom 26.9.1989; BStU, ZA, SDM 218, Bl. 8-10; „Plan der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit während des 40. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik - 6. bis 8. Oktober 1989 -“, gez. Mielke; Vermerk: „Bestätigt: E. Honecker [...] am 27.9. 1989“; BStU, ZA, ZAIG 7314, B. 1-31.
- 20 Vgl. „Protokoll aus der persönlichen Mitschrift anlässlich der Dienstkonferenz beim Generaloberst Mittig [am 26.09.1989] zu Zielen und Aufgaben zur konsequenten Unterbindung der Formierung feindlich-oppositioneller Kräfte in Sammlungsbewegungen / Vereinigungen“; BStU, ASt Potsdam, AKG 617, Bl. 149-163; „Gedächtnisprotokoll über die Beratung des Genossen Generaloberst Mittig am 26.09.1989 mit den Stellvertretern Operativ und Leitern der Abteilung XX“; ebenda, Bl. 178-193; [Mielke:] Referat zur Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED und den sich daraus ergebenden ersten Schlußfolgerungen für die Tätigkeit des MfS (21.10.1989)“; BStU, ZA, ZAIG 4885, Bl. 3-76, hier 75.
- 21 Mielke erklärte am 17.10.1989 in der Politbürositzung, in der es um die Absetzung Honeckers ging: „Wir haben vieles mitgemacht. Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen. Erich [es ist] Schluß: Ich akzeptiere das.“ Zitiert nach „Persönliche Aufzeichnungen“ von Gerhard Schürer zu der Politbüro-Sitzung am 17.10.1989, BA Berlin, DE-1-56321, Bl. 197-212, hier 204. Vgl. auch die Rede des Ministers des Innern vor den Chefs der BDVP am 21.10.1989; BStU, ZA, ZAIG 8637, Bl. 1-81.
- 22 Vgl. die Mitschrift der SED-Politbürositzung am 17.10.1989 von Gerhard Schürer, dokumentiert in: Hans-Hermann Hertle: *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996, S. 430-437, hier 434.
- 23 Antrittsrede von Krenz am 18.10.1989: „Wir lassen uns von der festen Überzeugung leiten, dass alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind.“ Nachdruck in: *Deutschland Archiv* 22 (1989) 11, S. 1310.
- 24 Mielke klagte auf der zentralen Dienstberatung zur Auswertung des Führungswechsels, „dass die Parteiführung in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt“ habe, obwohl das MfS in-

formiert hätte. Jetzt gelte es „eine Wende in der Arbeit der gesamten Partei einzuleiten, um vor allem die politische und ideologische Offensive wiederzuerlangen“ [Mielke:] Referat zur Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED und den sich daraus ergebenden ersten Schlußfolgerungen für die Tätigkeit des MfS (21.10.1989)“; BStU, ZA, ZAIG 4885, Bl. 3-76, hier 11 u. 9.

²⁵ Dazu ausführlich Walter Süß: Politische Taktik und institutioneller Zerfall. MfS und SED in der Schlußphase des Regimes, in: Siegfried Suckut u. ders. (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 249-269.

²⁶ Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) 2, S. 122-151.

²⁷ Vgl. Karl-Heinz Baum: Tischgespräche mit Blockflöten und SED, in: Frankfurter Rundschau 9.12.1989.

²⁸ Vgl. u. a. Vorschlag der ZAIG vom 31.10.1989 in einer Zuarbeit für das Referat von Egon Krenz auf dem 10. Plenum des ZK der SED (8.-10.11.1989); BStU, ZA, SDM 2151, Bl. 29-41; HA IX: „Erste Überlegungen für die Ausarbeitung eines 6. StÄG [Strafrechtsänderungsgesetzes]“ vom 10.11.1989; BStU, ZA, HA IX 2386, Bl. 14-26, hier 14; JHS: „Erste hypothetische Aussagen zur Stellung, Kompetenz und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS)“, 23.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 13956, Bl. 70-128, hier 81, 84, 100 f. u. 111; Delegiertenkonferenz der GO 115 aus der KPO 18-01 am 29.11.1989; BStU, ZA, SDM 2335, Bl. 5-7.

²⁹ Vgl. Horsch, Holger: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), BStU, BF informiert Nr. 19, Berlin 1997.